Zwölftes Kapitel.

Bedrängte finanzielle Lage des Kaisers und der österreichischen Erblande. Der Böhmenkönig und das deutsche Reich 1470. Annäherung des Kaisers an Böhmen und Polen. Burgund und die deutsche Krone 1470—1471.

Viele drangvolle Zeiten hatten die österreichischen Erblande unter der Verwaltung Kaiser Friedrichs III. bereits gesehen. Das Spätjahr 1469 gehörte zu den schlimmsten von allen. Krieg mit Böhmen im Norden, im Süden Einbrüche der Türken, Spannung und Sorge auch dem verbündeten Ostnachbar Ungarn gegenüber, im deutschen Westen Zustände, als ob es eine Obergewalt des Kaisers und Zugehörigkeit der alten Ostmark kaum mehr gäbe, dazu Gärung, offener Aufstand im Innern: das alles traf zusammen mit der völligen Erschöpfung der kaiserlichen und landständischen Finanzen. Kein Wunder, daß die Folgen dieser traurigen Monate noch lange bemerkbar blieben, sowie andererseits wachsende Erschöpfung den Kaiser zwang, mit größerer Energie neue Hilfsquellen und Stützen zu suchen.

Wie weit die Finanzkünste der Fürsten in diesen Jahrzehnten des scheidenden Mittelalters bereits vorgeschritten waren, davon erhalten wir kaum eine bessere Vorstellung, als bei Betrachtung des Vorgehens der kaiserlichen Kammer 1468—1470 in Österreich. Zu den Erfordernissen des böhmischen Krieges, den der Kaiser nur mit Mühe und unter Mithilfe der Landschaft geführt hatte, waren 1468 die Kosten der Romfahrt gekommen, — auch sie bereits zum Teile, wie wir wissen, durch Borgen und Verpfänden aufgebracht. Dazu kamen im nachfolgenden Jahre die großen Summen, welche für den Baumkircherkrieg, namentlich die Anwerbung, Erhaltung und Abfertigung von Söldnern, notwendig wurden,[1] die Auslagen für die Instandhaltung der Plätze in den südlichen von den Türken bedrohten Gegenden,[2] die Kosten der Abwehr böhmischer Scharen von den Grenzen Ober- und Niederösterreichs,[3] für die Ausgaben der kaiserlichen Hofhaltung.[4] Darüber waren nicht bloß die Taschen

[1] Chmel, Reg. II. 564, 5704; 565, Nr. 5722; 567, Nr. 5744, 5745, 5758 bis 5762 u. s. w. Krones, Zur Geschichte der Steiermark u. s. w. 55, 68 a. a.

[2] Chmel, Regesten II. 660, Nr. 5635, 5636, 5638; 561, Nr. 5656; 566, Nr. 5717 u. a.

[3] Vgl. oben S. 234.

[4] Chmel, Regesten II. 562, Nr. 5667; 563, Nr. 5688; 564, Nr. 5691; 568, Nr. 5798. Krones, Zur Geschichte u. s. w. 54.

des Kaisers leer geworden, sondern versagten auch die gewöhnlichen Wege zur Geldbeschaffung. Wohl wandte er sich immer wieder an die Landschaften, die ja auch bereits mittelbar und unmittelbar große Summen für den Schutz der Lande aufgewendet[1] und überdies durch Türken, Böhmen, Baumkircherſche und auch selbst kaiserliche Söldner großen Schaden gelitten hatten.[2] Binnen kurzer Zeit kamen zu den älteren Abgaben, den „Aufschlägen" auf Salz, Wein u. s. w., ein „Häuseraufschlag" im Fürstentum Steier,[3] eine Abgabe „auf die Leute und Holden" im Krainischen,[4] die allgemeine Steuer auf die „Jüdischheit"[5] und der „Aufschlag" auf die Gotteshäuser in ganz Österreich.[6] Aber schließlich ward das den Landen viel und allzuviel.

Und dabei doch kein Genügen, kein wirksamer Schutz gegen außen, im innern kein festes, umsichtiges Regiment, das die schweren materiellen Wunden heilte! Hieraus vor allem erwuchs die tiefgehende Erregung in den Erzherzogtümern, die nun ein Jahrzehnt lang immer wieder zu gefährlichen Bewegungen gegen das Regiment des Kaisers führte und die ungarische Okkupation der achtziger Jahre vorbereiten half.

Auch in Deutschland bewog die Geldnot den Kaiser zu manchen bedenklichen Schritten, obwohl ihm der Papst durch die Bewilligung eines einmaligen Zehnten für das ganze Reich zu Hilfe kommen wollte.[7] Die Stadtsteuern wurden allseitig eingemahnt und eifriger als je betrieb die Kanzlei das Geschäft, durch Titel- und Privilegienverleihungen und sonst Geld einzubringen. Das war die Zeit, in welcher der jüngere Sforza von Mailand sich mit der Hoffnung trug, denn doch noch um ein gutes Stück Geld die Bestätigung in der herzoglichen Würde zu erlangen,[8] die Zeit, zu der die Frankfurter mit dem Kaiser um das Privileg, von den Reichshilfen befreit zu sein, feilschten, wobei der Kaiser 8000, dann 4000 Gulden verlangte, während sie es wagten, 1300 bis 1500 Gulden anzubieten![9]

---

[1] Vergl. z. B. betreffs der oberen Steiermark Krones, Zur Geschichte u. s. w. 56 ff., 64.

[2] Vgl. ebendort 47, 62, 65. [3] Chmel, Reg. II. 565, Nr. 5719, 5720.

[4] Ebendort 563, Nr. 5675. [5] Ebendort 567, 5758, 5762. Krones, Beiträge zur Geschichte der Steiermark 64, Nr. 37.

[6] Chmel, Reg. II. 563, Nr. 5682; 565, Nr. 5721. Auch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 257, Nr. 415.

[7] Chmel, Reg. II. 557, Nr. 5608.

[8] Mehrfache Belege dafür in den Mon. Hung., Acta extera II. Vgl. Gregor Heimburg in Kaiserl. Buch 218.

[9] Janssen, Frankfurts Reichskorrespond. II. 256—257, Nr. 410, 412, 413.

So war es kein Wunder, daß jetzt auch der Ungarkönig wieder umsonst auf die Erfüllung der ihm im August-September gemachten Zusagen betreffs österreichischer Hilfe gegen Böhmen hoffte.[1] Und doch brauchte er sie um so notwendiger, als er seine eigenen Kräfte zwischen dem Krieg in Böhmen und die Abwehr der Türken teilen mußte.

Trotzdem vermag man die ungemessene Erbitterung, von der sich König Matthias seit November 1469 gegen den Kaiser erfüllt zeigt, und die unbilligen Forderungen, die er nun auf einmal an ihn stellte, schwer zu begreifen.

Die Sachlage leitet auch wirklich zu einer anderen Mutmaßung hin. Der Ungarkönig hat ebenso wie andere von Verhandlungen des Kaisers mit Karl von Burgund erfahren. Sollte ihm da nicht auch von dem besondere Kunde geworden sein, was seit Jahren immer wieder geglaubt wurde und sich ja diesmal wirklich zutrug, von Beredungen betreffs der deutschen Krone?

Hat ihn dies vielleicht zu bestimmten Entschlüssen bewogen?

Nicht lange darauf wollte man in Prag wissen, daß er, der Ungarkönig, selbst jetzt vom Kaiser die Erhebung auf den deutschen Thron begehrt habe und erhört worden sei.[2] Letzteres ist sicher irrig. Aber kaum auch ersteres. Und aus einer solchen Werbung des Königs läßt sich leicht der Entschluß des Kaisers begreifen, jetzt auf einmal die deutschen Fürsten zu wichtiger Beratung an seinen Hof zu rufen. Andererseits war eine Abweisung des Königs wohl geeignet, ihn mit hohem Unwillen zu erfüllen. Hatte er nicht in den letzten Jahren Österreich von der böhmischen Invasion befreit, die Hussitten und Empörer gedemütigt, Kaiser, Reich und Kirche die größten Dienste geleistet? Warum sollte er nun bei Vergebung der Reichskrone vor dem Burgunder, der von all' dem nichts gethan, zurückstehen?

Doch zu den Thatsachen. Die auf den 4. Oktober verabredete Zusammenkunft zwischen dem König und dem Kaiser hatte nicht stattgefunden, obwohl, wie berichtet wird, der König schon in Preßburg weilte und auch der Kaiser sich gerüstet hatte, nach Wien zu kommen. Der Kaiser gab die Reise plötzlich auf, da, so ließ er melden, marodierende Söldner den Weg unsicher machten. Fürchtete er, daß ihn der König persönlich zur Erfüllung seiner Bitte drängen werde? Oder war die Haltung Baum-

[1] So nach den Umständen, den freilich konfusen Angaben bei Bonfini 405 und einer ebenso unklaren Notiz bei Preuenhuber 126.

[2] Schreiben Gregor Heimburgs vom 27. Dezember 1469. Höfler, Kaiserliches Buch 210.

kirchers, an dessen Einverständnis mit König Matthias neuerdings geglaubt wurde, die Ursache?[1]

Dann gelang es zwar dem Legaten Laurenz, den zornigen König, der sechs Tage in Preßburg gewartet hatte, zu beschwichtigen;[2] der Stillstand mit Baumkircher wurde verlängert[3] und eine neue Zusammenkunft der Fürsten in Wien beredet.[4] Aber der Kaiser rührte sich lange nicht von Graz, und ehe er auch nur nach Wiener-Neustadt gekommen war,[5] zwangen Meldungen über einen ganz unerwarteten Einbruch der Türken in Südungarn — sie waren über die in diesem Jahre früh gefrorenen Flüsse erschienen —, den König Matthias, nach seiner Hauptstadt zu eilen und Maßregeln zum Schutze des Königreiches zu treffen.

Nach Wiener-Neustadt sandte der König eine Botschaft seiner Räte unter der Führung des Erzbischofs von Gran. Ihre Forderungen beleuchten grell das persönliche und materielle Verhältnis zwischen beiden Fürsten und die ganze Situation. Der Kaiser sollte, verlangte Matthias, 1. ihm, was in Regensburg versprochen, bisher aber nicht gehalten worden sei, die Zölle und Mauten im Lande Österreich zur Führung des Krieges gegen die Ketzer abtreten oder dafür eine Entschädigung von 80000 Dukaten zahlen; 2. die im Frieden von 1462 an ihn abgetretenen ungarischen Plätze und Festungen zurückgeben; 3. auf den Titel eines Königs von Ungarn verzichten; denn er, Matthias, sei ein „einsitziger, gesalbter und regierender König" und habe die Krone inne; daß aber auch der Kaiser sich König von Ungarn nenne, gereiche ihm zum Hohne; 4. Matthias die Kosten des böhmischen Krieges, in dem er bereits 400000 Gulden allein für Sold ausgegeben habe, wiedererstatten; auch dies sei zu Beginn des Krieges versprochen worden. Andere Punkte bezogen sich auf des Kaisers Verpflichtung, das deutsche Reich im böhmischen Kriege endlich zu ernstlichen Anstrengungen zu bringen, auf die Amnestierung Baumkirchers und der Seinen u. a.[6]

Hier wie dort trat alle Rücksicht auf die Interessen des Kaisers zur Seite. Aber der König scheute sich auch nicht, seinem persönlichen Mißtrauen den stärksten und beleidigendsten Ausdruck zu verleihen:

[1] Mon. Hung., Acta. extera II. 204.
[2] Ebendort 205. Bericht der Mailänder Gesandten vom 24. Jan. 1470.
[3] Font. rer. Austr. XLIV. 668, Nr. 547.
[4] Mon. Hung., Acta extera II. 205. Font. rer. Austr. LXII. 482.
[5] Am 25. Okt. Vgl. Chmel, Reg. II. 569, Nr. 5798, 5799.
[6] So glaube ich die Angaben des mailändischen Gesandten, Mon. Hung., Acta extera II. 206, mit denen des Gesandten der Stadt Eger, Johann Hausner, (Font. rer. Austr. XLII. 481) vereinigen zu dürfen.

Wünsche der Kaiser, so ließ er sagen, noch eine persönliche Zusammenkunft mit ihm, so müßten seinen Leuten zwei Thore der Stadt, in welcher man sich begegne, eingeräumt werden; doch wolle er, Matthias, nur fünfhundert Mann um sich haben, der Rest seines Gefolges könne vor den Thoren lagern.[1]

Fünf Wochen und länger wartete die ungarische Gesandtschaft in Neustadt, ehe der Kaiser auf diese Forderungen auch nur eine Antwort gab. Erst als den Ungarn der Befehl ihres Herrn zuging, abzureisen, und sie sich ernstlich dazu anschickten, erhielten sie kurzen Bescheid. Wolle der König, so ließ ihnen der Kaiser mitteilen, zu ihm kommen, so werde er und die Seinen mit sicherem Geleite ganz nach Notdurft versorgt sein; die Stadt aber, in der man sich treffe, müsse in ihrem früheren Zustande und die Schlüssel der Stadt in des Kaisers Händen bleiben. Über die Forderungen des Königs mögen dann die beiderseitigen Räte verhandeln und alle Schwierigkeiten und offenen Fragen zu gutem Ende führen.[2]

Das war alles, was Legat Laurenz, der in eifriger Vermittelung zwischen Graz und Preßburg, Ofen und Wiener-Neustadt hin und her ritt, zu erreichen vermochte.[3]

Ein verläßlicher Gewährsmann berichtet, daß der Kaiser damals in Wiener-Neustadt eine ungewöhnliche Last von Arbeit und Sorge zu tragen hatte.[4] Bekannt ist auch Friedrichs Unschlüssigkeit und seine Neigung zum Zuwarten gerade bei wichtigen und bedenklichen Fragen. Solcher gab es eben jetzt mehrere. Und eben die entscheidende berührte wieder das Verhältnis zum Ungarkönig.

In jenen Wochen vollzog sich, was man in Prag bereits im Frühsommer erhofft hatte: die Wiederanknüpfung freundlicher Beziehungen zwischen Kaiser Friedrich und König Georg von Böhmen.

Kaiser Friedrich war einst mit ganzem Eifer, soweit dies nach seinem Wesen möglich war, in den Kampf gegen das ketzerische Böhmen eingetreten. Er hatte sich auch später dafür viel bemüht. Seit er aber zu seiner Überraschung in Rom gesehen, wie kühl man jetzt dort die Sache ansah, wie naiv-rücksichtslos die Kurie die Bürde des Krieges jenen

---

[1] Mon. Hung. l. c. 207. [2] Mon. Hung. l. c. 206.

[3] Vergl. Fontes rerum Austriacarum XLII. 480, 482. Mon. Hung., Acta extera II. 205.

[4] Hans Hausner aus Eger. Font. rer. Austr. XLII. 480, 484. Vgl. auch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 256, Nr. 412 und Mon. Hung., Acta extera II. 202, Nr 143: „Sua maesta . . sta et e in grandissima occupatione“.

überließ, die sie bei Ehre und Glauben beschworen hatte, den Glaubenskampf auf sich zu nehmen; seitdem im Frühjahre der verbündete Ungarkönig sich bereit gezeigt, aller Ketzerei der Böhmen zum Trotz sich mit dem Hussittenkönige zu verständigen, derselbe Ungarkönig, der ihn jetzt mit Forderungen bedrängte, wie sie ein Sieger nicht verletzender aufstellen konnte: sah der Kaiser die Voraussetzungen seiner böhmischen Politik geändert. Oder ließen sich nicht bereits auch im katholischen Böhmen, wo nun Hans von Kolowrat als Administrator des Erzbistums fungierte, in Breslau, das der Krieg recht mürbe gemacht hatte, ja selbst wieder in Rom Stimmen vernehmen, es bleibe nichts anderes übrig, als den starren Widerstand gegen die Kompaktaten aufzugeben und sich mit den Böhmen der Gegenpartei — unter polnischer Vermittelung — zu verständigen?[1]

Auch die Vorgänge auf dem mährischen Kriegsschauplatze konnten in Rom und in Neustadt nur die Überzeugung festigen, daß es mit einer völligen Bezwingung der Ketzer noch gute Wege habe. Zur Zeit, als König Matthias die Abwehr der Türken leitete (Oktober 1469), hatte König Georg unter seinem Sohne Heinrich eine Heeresabteilung nach Mähren gesandt, das lange belagerte Ungarisch-Hradisch zu speisen. Aber schon war auch der Ungar wieder zur Stelle; die böhmischen Truppen wurden geworfen, der für die Stadt bestimmte Proviant weggenommen. Deshalb beeilte sich König Georg, seinem Sohne an Truppen zuzusenden, was er im Augenblicke aufzubringen vermochte, und nun erlitt König Matthias durch den viel stärkeren Gegner eine Niederlage, deren Folgen sich weithin bemerkbar machten.[2] Die kleine Podiebradsche Partei in Mähren erhob sich mit neuem Mute. In Böhmen zwang die Erschöpfung der Mittel, wie vordem die Hasenburger, so jetzt auch Burian von Guttenstein und andere Mitglieder des Herrenbundes, zu einem vorläufigen Abkommen mit König Georg. Auch Johann von Rosenberg, ja sogar Zdenko von Sternberg soll ins Schwanken gekommen sein.[3] Von Kreuzerscharen war überhaupt nichts mehr vorhanden.[4]

---

[1] Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 201—202, Nr. 142: Si che qua se sta in expectatione de nove cose; manda etiam dio de presenti la prefata Sanctita uno messer Alexandro de Forlivo dallo re de Polonia per disponerlo contro lo dicto Boemo. Dies im Zusammenhalte mit Nr. 143, S. 202—203, ebendort, und Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 614—616.

[2] Neben den bezüglichen Meldungen des Eschenloer, Dlugosch und der Staří letopisové (200—201) vgl. besonders Font. rer. Austr. XLII. 482.

[3] Font. rer. Austr. XX. 615—616. Vgl. Höfler, Kais. Buch 218 a. a,

[4] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 616—619.

Man ermesse da die Stimmung des zornmütigen Corvinen, der die eigenen Mittel überall unzulänglich fand,[1] während der Gegner trotz aller Schläge finanziell mit ungebrochener Kraft dastand, ja nach jedem Verluste anscheinend gesteigerte Hilfsmittel entfaltete![2]

Und auch sonst ward der Kampf mit stärkstem Nachdruck geführt. König Georg hatte im Laufe des Sommers und Herbstes 1469 unter dem Eindrucke all des Widrigen, das ihm die letzte Zeit gebracht, und wohl erkennend, daß es sich für ihn und seine ganze Familie um Sein und Nichtsein handle, neuerdings zu weithin zielenden Streichen ausgeholt, die zunächst ebensowohl dem Kaiser wie dem Ungarkönige galten. Er suchte mit Polen ins Reine zu kommen, um endlich an dem Ostnachbar den festen Rückhalt zu gewinnen. Mit Zustimmung des Landtages zog eine Gesandtschaft, aus Mitgliedern des Landtages bestehend, von Prag nach Krakau, um König Kasimir nunmehr offiziell die Nachfolge in Böhmen anzutragen und sich dafür seinen Beistand für dessen Bedränger zu erbitten.[3] Wieder umsonst! König Kasimir scheute auch jetzt jede Parteinahme; er hatte nur gute Worte. Schon sah er ja in Rom seine Erbansprüche begünstigt und hoffte er ein gleiches von dem Kaiser, mit dem er, sobald ihm das Einverständnis der beiden Oberhäupter offenbar wurde, gleichfalls Fühlung suchte.

Ihre Haupterfolge erstrebte die böhmische Diplomatie wieder im Westen. Mit dem ungarisch-deutschen Königsprojekte war sie im März-April 1469 gescheitert. Ludwig XI. hat den böhmischen Boten ebenso abgewiesen, wie eben damals in anderer Sache den Herzog von Tirol. Auch war ja des Königs Freundschaft für König Georgs Verhältnis zu Rom nicht viel wert. Mit Papst Paul des Kardinals de la Balue wegen und sonst verfeindet, vermochte König Ludwig bei der Kurie nicht einmal in eigener Sache Gehör zu erlangen.[4] So war noch im Sommer 1469 in Prag der Gedanke eines Einverständnisses mit Herzog Karl von Burgund an die Stelle des französischen Bündnisplanes getreten. Durch Jörg von Stein, der im Juli nach dem Westen zog, hatte sich König Georg dem Herzog Karl erboten, als Kurfürst des Reiches und mit Hilfe seiner anderen kurfürstlichen Freunde die Erhebung des Herzogs auf den römischen Königsthron durchzuführen, wofür ihn Karl mit der

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 482.

[2] Vgl. Gregor Heimburg am 6. Februar 1470. Höfler, Kais. Buch 219.

[3] Font. rer. Austr. XLII. 475—476, Nr. 361. Zur Sache vgl. J. Caro, Geschichte Polens V. 1, 310 ff., 318 ff.

[4] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 618. Pastor, Gesch. der Päpste II. 335 ff.

Kirche aussöhnen und gegen den Kaiser und den König von Ungarn beschützen sollte.[1]

Der Gang der öffentlichen Dinge in jenen Tagen und vor allem die Sprünge und Ungeheuerlichkeiten der böhmischen Politik, deren sie sich ja stets fähig gezeigt hatte, lassen uns unser Staunen über diesen unvermittelten Übergang des Königs von alter Gegnerschaft zu Beteuerungen intimer Freundschaft für Burgund mäßigen.

Auch kam der Böhme diesmal wirklich nicht so übel an. Nicht Gefühle, sondern kühlste Berücksichtigung der materiellen Interessen beherrschten die burgundische Politik. Die böhmische Werbung war aber Herzog Karl eben jetzt, wo er mit dem Kaiser um ähnliches feilschte, ganz willkommen. Sie ließ sich für seine deutschen Pläne verwerten; das „wie" konnte bei einem so gearteten Fürsten nur sein eigenstes Interesse bestimmen. Rasch kam mit Stein ein vorläufiger Vertrag zu Stande, in dem sich der Herzog verpflichtete, die deutsche Krone, falls er gewählt würde, anzunehmen; König Georg sollte ihm dafür die Stimmen von Mainz, Sachsen und Brandenburg sichern; des Pfälzers, den zu gewinnen der König sich gleichfalls erboten hatte, glaubte sich Karl ohnehin mächtig. Böhmen erhält für all dies 900000 Gulden.[2]

Es war entscheidend für das Schicksal des ganzen Projektes, daß sich der König die Wahl des Herzogs als einen wuchtigen Schlag gegen den Kaiser dachte, während Herzog Karl darin nur ein diplomatisches Mittel sah. Nur bei der Zustimmung des Kaisers erwartete er einen Erfolg. Karl war hochmütig und zugleich naiv genug, Jörg von Stein bei Herzog Sigmund von Tirol zu beglaubigen, damit Stein den Herzog zur Vermittelung auch in dieser Sache bestimme.[3] So kam sie sofort zur Kenntnis des Kaisers.

Aber die böhmische Intrigue scheiterte auch an dem gesunden Sinne der deutschen Fürsten. Der Pfalzgraf zwar, an den sich König Georg bereits gewendet, soll, wie es heißt, sich günstig geäußert haben. Bei Sachen und Brandenburg warb der König dringend und mit hohen Angebote. „Dieser Handel", sagt Jörg von Stein in einem Schreiben an Markgraf Albrecht, liegt dem König „mehr denn je ein Handel so ernstlich an, daß er in keinem Weg feiert, den zu erlangen; dann er sonst seine Söhne in fürstlichen Ehren, Würden und bei ihren Freiheiten nicht getraut zu behalten, dann durch die Änderung im Reich". Der

[1] Steins Beglaubigung vom 2. Juli 1469 bei Godefroy-Commines IV. 378.
[2] Ebendort 378—381.
[3] Am 3. September. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 9.

König bot Ernst von Sachsen für seine Stimme die Oberlausitz, dem Kurfürsten von Brandenburg die Niederlausitz, „inmassen das vor auf der Bahn gewesen ist", oder das Egerland und die böhmischen Lehen in Franken, oder aber 60000 Gulden bar. Er war, um Burgund von seinem ganzen Ernste zu überzeugen und gleichfalls zu entscheidenden Schritten zu bewegen, entschlossen, Herzog Karl einen seiner Söhne als Geisel zu übergeben.[1]

Aus all dem ward infolge des Widerstandes der Häuser Sachsen und Brandenburg nichts. Aber eine neue böhmische Gesandtschaft zog doch wieder im Herbste 1469 nach Burgund, und die Meldungen von solchen Umtrieben mahnten den Kaiser neuerdings sehr ernstlich, den Böhmenkönig nicht zum äußersten zu treiben.

Es bedurfte daher kaum besonderen Drängens der deutschen Fürsten, die sich Ende 1469 auf des Kaisers Ruf an seinem Hofe eingefunden — es waren sicher eben jetzt Herzog Albrecht von Sachsen und Herzog Otto von Bayern, der das Vergebliche des böhmischen Krieges in Person erprobt, in Österreich — um Friedrich III. für den Gedanken einer Verständigung mit König Georg zu gewinnen.[2] Als dessen Vertrauensmann stellte sich einer der Brüder Vitzthum in Wien ein.

Am 1. Januar 1470 erließ Georg Podiebrad ein Ausschreiben an alle Fürsten und Stände des Reiches, in welchem er nochmals die Entstehung seines Streites mit der Kurie berichtet, besonders hervorhebt, daß die Empörung der böhmischen Barone aus internen Streitigkeiten über landesherrliche und ständische Gerechtsame entstanden sei, die mit dem Glauben nichts zu thun hatten, und endlich seine Mitstände ersucht, für ihn als Glied des Reiches und König von Böhmen freies Gehör

[1] Alles das nach dem Denkzettel Jorgs von Stein in Font. rer. Austr. XX. 616—619, Nr. 508. Daß derselbe noch vor der Anknüpfung des Königs mit dem Kaiser, also wohl im September—Oktober 1469 geschrieben ist, zeigt der Inhalt unwiderleglich. Der Darstellung dieser Dinge bei Palacky u. Droysen (II. 1, 624ff.) kann ich eine Berechtigung nicht zugestehen.

[2] Über die weiteren Motive des Kaisers schreibt der mailändische Gesandte am 31. Januar 1470 aus Wien sehr richtig (Mon. Hung., Acta extera II. 202, mit schlechter Interpunktion, die zeigt, daß der Herausgeber den Text nicht verstanden): Vero e, como continuamente ho visto Sua Maesta et sta la et e in grandissima occupatione supra lo tractato de lo re d'Ungheria e per lo Turcho, Panchirichier, con li ambassadori de li regi de Polonia e Bohemia e questi signori qua di Austria. E credo, che le dicte cose de Ungheria siano per una parte casone de questa tardita, perche Sua Maesta sapia, como governarse nela dicta investitura, che non havendo loco l'accordo de dicto Ungaro, presto gli bisogneria e dinari et amiei si per defendersi de luj etc.

bei der Kurie zu erbitten. Sie habe es viel Geringeren nicht verweigert, auch wolle er „sich also fleissen, dadurch männiglich verstehe, daß keiner Billigkeit kein Gebrech an ihm sein werde"; im entgegengesetzten Falle hätten er und sein Land kein Interesse, ferner im Verbande des deutschen Reiches zu bleiben, das ihnen den gebührenden Schutz verweigere.[1]

Das Schreiben ist in sehr vorsichtigen und maßvollen Ausdrücken abgefaßt. Es fällt vor allem sofort auf, daß darin jedes verletzende Wort gegen den Kaiser vermieden ist; nur dort, wo der König von seinen Verdiensten spricht, ist der Befreiung des Kaisers aus der Burg zu Wien gedacht, und als Ursache des Krieges des Königs mit dem Kaiser wird angeführt, daß der König die ihm verschriebene Geldsumme habe einbringen wollen. — Das Manifest war für alle, die es mit des Reiches Einheit und Integrität aufrichtig meinten, eine Mahnung, dem verderblichen Streit in Böhmen, angefacht durch hochmütige Unterthanen und den unversöhnlichen, wenn auch gerechten Zorn der Kurie, ein Ende zu machen. Wollte es von vornherein die Grundlage sein für eine neue Friedensaktion aus dem Reiche, die vor allem der Kaiser in die Hände nahm?

In Wien, wohin der Kaiser seit langen Jahren zum ersten Male wieder gekommen war, von den Bürgern mit lebhaften Freudebezeugungen in die wieder erbaute Burg geleitet,[2] kam es jetzt in der That zwischen ihm und dem böhmischen Gesandten zu einer Verständigung. So wenig wir von dem Vertrage, der, schon mit Rücksicht auf den Ungarkönig, mit dem Schleier des tiefsten Geheimnisses bedeckt war, wissen, die Situation wird schon durch die Thatsache seines Abschlusses klar. Sicher ist, daß der Kaiser nicht bloß versprach, König Georg wieder anzuerkennen, sondern auch mit den deutschen Fürsten vereint für ihn ein entschiedenes Fürwort in Rom einlegte. Die Herzöge Otto von Bayern und Albrecht von Sachen wollten deswegen persönlich nach Rom reiten. Um den Kaiser vor der Rache des Ungarkönigs, von dessen neuen Kriegsrüstungen so viel verlautete, zu bewahren und ihm überhaupt einen mächtigen Rückhalt zu schaffen, unterstützte der Böhmenkönig Friedrichs Annäherung an Polen[3] und auch seine burgundische Politik.

Natürlich trat dafür das böhmisch-burgundische Königsprojekt zurück.

[1] Das Ausschreiben in Font. rer. Austr. XX. 610—613.

[2] Daß er ihnen trotzdem das Vergangene noch nicht zu verzeihen vermochte, zeigt Font. rer. Austr. XLII. 482.

[3] Weiteres über die Anknüpfung zwischen dem Kaiser und König Kasimir bei J. Caro, Geschichte Polens V. 318 ff.

Wenn jetzt im Februar 1470 derselbe Vitzthum, der in Wien verhandelt hatte, als Gesandter seines Königs und zugleich vom Kaiser beglaubigt, nach Burgund ritt, so konnten seine Aufträge nur im Einklang stehen mit Forderung und Erbietung Kaiser Friedrichs, über die in nächster Zeit unter der Vermittelung des Tiroler Herzoges zwischen ihm und Herzog Karl von Burgund verhandelt wurde.[1]

Karl hatte die Grafschaft Pfirt und was ihm sonst verpfändet war in die Hand genommen und sich sofort auf das eifrigste bemüht, sie in seinem Sinne einzurichten. Die Eidgenossen blieben ruhig, trotzdem Herzog Sigmund den Frieden nicht erfüllte. Freilich hatte auch der Herzog von Burgund nichts gethan, die Acht des Reiches an ihnen zu vollstrecken. Nur seine Amtsleute zeigten sich unfreundlich.[2]

Aber etwa Anfang März 1470, als sich eben der Altschultheiß von Bern, Adrian von Bubenberg,[3] am herzoglichen Hofe zu Brügge aufhielt, um womöglich in den elsässischen Dingen ein besseres Einverständnis mit Karl und seinen Beamten einzuleiten, erschien ebenda eine ansehnliche Gesandtschaft Herzog Sigmunds von Österreich und that bedeutsame Werbung in mehrfacher Hinsicht.[4] Vor allem hob sie die alte Feindschaft der Eidgenossen gegen ihre Herrschaft hervor, woran sie eine Darlegung der Sachlage im gegenwärtigen Augenblicke knüpfte: Für den künftigen Sommer sei ein Angriff der Schweizer auf den tiroler Herzog in sicherer Aussicht. Burgund möge daher rüsten, um seiner Verpflichtung gemäß Österreich beizustehen.

Man sieht, der Tiroler Herr dachte nun, nachdem er beinahe ein Jahr zugewartet, an die weiteren Abmachungen von St. Omer. Es schien ihm an der Zeit, daß Herzog Karl jetzt, nach der Pfandübernahme, an die Demütigung des Gebirgsvolkes schreite. An einem Anlaß zum

---

[1] Die bezügl. Meldungen nun in den Font. rer. Austr. XLVI. 114—115. Vgl. ferner Höfler, Kais. Buch 219. Mon. Hung., Acta extera II. 207.

[2] H. Witte, Zur Geschichte der burgundischen Herrschaft am Oberrhein. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, I. 132 ff., wo sich auch die weitere Lit. findet.

[3] Über ihn s. jetzt (zu den älteren Arbeiten Hidbers u. B. Hallers) A. Ziegler, Adrian von Bubenberg und sein Eingreifen in die wichtigsten Verhältnisse der damaligen Zeit, Arch. der histor. Ver. v. Bern XII. 1—128, und die (mehr populäre) Darstellung von J. Sterchi, Adrian von Bubenberg. Zürich 1890. Zur Zeit des Aufenthaltes Bubenbergs in Brügge vergl. auch Segesser, Eidgenössische Absch. II. 406, Nr. 646, und Bubenbergs Brief vom 5. März 1470 in „Briefe denkwürdiger Schweizer", Luzern 1875, 7 ff.

[4] Es waren die Grafen Joß von Zollern und Jörg von Werdenberg, die Ritter Peter von Mörsberg und Ludwig von Maßmünster, dann ein Doktor.

Kriege fehlte es ja nicht; schon in der kaiserlichen Straffentenz ließ sich ein solcher leicht finden.

Aber die tiroler Gesandten waren auch Träger einer anderen Mission, die sie eigentlich als kaiserliche Boten charakterisierte. Ohne des inzwischen Geschehenen zu gedenken, kam man jetzt auf das Anbringen des Herzogs von Tirol an den Kaiser vom Mai 1469 zurück, die Heiratssache betreffend. Die Gesandtschaft führte aus, daß der Kaiser dem Plane wohl geneigt sei und gern für weitere Verhandlungen eine Konferenz beiderseitiger Räte genehmige; Herzog Karl möge daher ihrem Herrn, dem Erzherzog, der in dieser Sache gern das beste thue, seine Absichten mitteilen.[1]

Die Antwort des burgundischen Herzogs an die Tiroler war — was der Vitzthum ausrichtete, erfahren wir nirgends — aufschiebend: Der Wichtigkeit der Sache wegen bitte er um eine Frist bis zum 1. Mai (1470); er werde dann durch eine eigene Gesandtschaft dem Erzherzoge seinen Willen kund thun.

Sie traf dann auch rechtzeitig in Innsbruck ein und brachte auf alle Punkte eingehenden Bescheid. Herzog Karl versicherte, daß er dem Hause Habsburg in besonderer Liebe ergeben sei und was er nur vermöge, zu dessen Nutzen thun werde. Die Eidgenossen betreffend setzte er auseinander, daß ihm jetzt ein Engagement seiner Kräfte und zumal ein Zug außer Landes nicht füglich sei. Er habe ein Bündnis auf gegenseitige Waffenhilfe mit dem Herzoge von der Bretagne, gegen den jetzt König Ludwig von Frankreich eifrig rüste; er sei ebenso vertragsmäßig verpflichtet, im Notfalle dem Könige von England Hilfe zu leisten, was wegen der großen inneren Bewegungen in England jeden Augenblick der Fall sein könne. Andererseits sei die Gefahr, daß die Eidgenossen den Krieg gegen Österreich beginnen könnten, jetzt nicht so groß, wie Herzog Sigmund glaube, und er, Karl, habe noch andere Mittel, um ihr zu begegnen; die Schuldsumme sei ja den kaiserlichen Geboten zum Trotz bezahlt. Ein Einschreiten des Herzogs gegen die Schweizer auf Grund

[1] Die Instruktion für diese Gesandtschaft fehlt bisher. Über ihre Ankunft und Zusammensetzung berichtet Adrian von Bubenberg am 5. März nach Hause. Vergl. Segesser, Eidgen. Abschiede 406, Nr. 646, Anm. Den Zweck ihrer Sendung sieht man klar aus der burgundischen Gegenwerbung, welche die Aufträge jener wiederholt, Vgl. Lenglet du Fresnoy II. 238—245. Der Herausgeber setzt sie obwohl nicht ohne Bedenken (vgl. ebendort 243, Anm. 1) in das Ende des Jahres 1472. Daß sie aber u 1470 zgehört, zeigten schon Ch. Foster-Kirk, History of Charles the Bold, 2 Bde., London 1863, II. 178 ff., und Segesser l. c. Zusatz 1. Nach Lenglet 241 war diese Gegensendung nach Innsbruck für den Mai 1470 in Aussicht genommen.

der kaiserlichen Gerichtssprüche hieße das Eintreten in einen Kampf, dessen Ausgang bei der Tapferkeit der Gegner, und da die Macht Burgunds in den Pfandlandschaften noch nicht festgewurzelt sei, keineswegs so sicher wäre. Auch formell sei es Herzog Karl nicht möglich, ohne weiteres feindlich gegen die Eidgenossen vorzugehen, da er noch vor Abschluß des Vertrages mit Österreich mit ihnen eine Verständigung eingegangen sei, über die Briefe vorhanden wären.[1] Vielmehr müßte Herzog Sigmund erst Klage erheben und auf rechtlichen Austrag, sei es vor dem Kaiser als dem obersten Richter des Reiches, zu dem auch die eidgenössischen Gebiete gehören, sei es vor dem Papst oder dem Herzoge von Burgund selbst, antragen. Erst wenn dies verweigert wäre, sei für Burgund der Bündnisfall gegeben und könne es ehrenhalber mit seiner Waffenmacht zum Schutze des Erzherzogs eintreten. Endlich habe Herzog Karl sich ausdrücklich vorbehalten, gegen die Schweizer Gewalt zu brauchen, sobald es ihm Zeit und Verhältnisse gestatten.[2] Da dies jetzt nicht der Fall, so werde er sich Mühe geben, die Streitigkeiten zwischen Tirol und der Eidgenossenschaft auf einem gütlichen Tage zu schlichten.

Durchaus entgegenkommend lautete aber die Botschaft hinsichtlich des Heiratsplanes. Die Gesandten hatten zunächst mitzuteilen, daß von Einigen — es sind keinesfalls Jörg von Stein und der Vitzthum gemeint — ein Plan vorgelegt worden sei, dem zufolge der Kaiser als Gegenleistung für die von ihm gewünschte Vermählung seines Sohnes mit der Erbtochter Herzog Karls diesem die Erlangung der deutschen Königskrone und die Regierung des deutschen Reiches bewilligen sollte; nach dem Tode des Kaisers wird Karl sein Nachfolger, dagegen der Erzherzog Maximilian, sein Schwiegersohn, römischer König, mit dem sich dann auch das Kaisertum im Hause Habsburg fortsetzt.

Herzog Karl ließ den von Tirol bitten, ihm als einem Freund und Bündner über die Absichten des Kaisers und speziell in der römischen Königsfrage weiteren Aufschluß zu geben.

In der Instruktion war auch gleich der Fall vorgesehen, daß der Erzherzog die Geneigtheit des Kaisers erklären würde: Sobald dies geschehen, hatten die Gesandten Karls eine Zusammenkunft hinlänglich bevollmächtigter Räte beider Parteien, sei es in Breisach, sei es an einem

[1] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1. Abteil. 6. Segesser, Eidgen. Abschiede 366, Nr. 580 und 899—900, Beil. 42. Abmachung mit Zürich, Bern, Solothurn und Freiburg.

[2] Regart au temps et à la disposition de ses affaires. Lenglet l. c. 241.

anderen Orte, vorzuschlagen. Doch war auch das Gegenteil bedacht: Würde die Antwort lauten, Sigmund kenne in diesen Dingen die Meinung des Kaisers nicht hinlänglich genau, oder der eine und andere Punkt sei dem Kaiser zuwider, so sollten die Räte nochmals auf die freundschaftliche Ergebenheit ihres Herrn für den Kaiser und das ganze Haus Österreich hinweisen; er wünsche auch die römische Krone, um die er sich bewerbe, nicht aus ehrgeizigem Streben, sondern „um die Zeit seiner Jugend dem Dienste Gottes, der Verteidigung des christlichen Glaubens und der Wiederaufrichtung der Gerechtsame des Kaisertums" zu widmen. Übrigens gedenke Karl auf Verhandlungen über die Heirat nicht einzugehen, wenn der Kaiser nicht zu Beredungen über die deutsche Königswahl geneigt sei. Der Herzog von Tirol möge davon entsprechend Mitteilung machen.

Die Gesandten hatten endlich die Weisung, falls etwa Herzog Sigmund den Kaiser in diesen Dingen sofort besenden wollte, den Erfolg solcher Botschaft in Innsbruck abzuwarten und dann ihr Benehmen danach einzurichten. Obwohl ihnen eingeschärft war, auch den Erzherzog noch besonders aufmerksam machen, daß die Heirat „leicht und schnell" geschehen könne, während die Sache mit der römischen Krone schwieriger sei, denn hier handle es sich im vorhinein um die Feststellung der Kompetenzen des Kaisers und des neuen Königs und um die Zuweisung der Einkünfte aus dem Reiche an diesen oder jenen, so beweisen doch ihre weiteren Aufträge, daß man in Burgund eben auch in der Heiratssache die nötige Vorsicht nicht vergaß. So vieles die Boten über den Wert der burgundischen Heirat und die glänzenden Aussichten des Erzherzogs vorbringen sollten: eigentliche Abmachungen blieben auch da der Zusammenkunft der beiderseitigen Räte vorbehalten. Ein definitiver Vertrag sollte gar erst auf einem zweiten Tage, sei es zu Basel, sei es Breisach oder Besançon aufgerichtet werden.

Der erste Teil der burgundischen Werbung wird den tiroler Herrn enttäuscht und verstimmt haben. Aber der Ernst, mit dem Herzog Karl seine Erhöhung und die Heirat betrieb, bestimmte ihn doch, der Sache seine Unterstützung zu leihen. Aus der innigen Verbindung mit dem Hause Österreich wie aus einer Stellung Karls an der Spitze der Reichsregierung konnte ja doch für den Burgunder nur neue Nötigung erwachsen, endlich auch gegen die Schweizer, die Schädiger Habsburgs und Verächter der Obergewalt, mit Entschiedenheit vorzugehen.

Aber den Gesandten irgendwelche Zusagen zu machen, war Sigmund nicht in der Lage. Dafür erbot er sich, persönlich nach Inner-

österreich zu dem Kaiser, zu dem er ohnehin erfordert wäre, zu reiten. An Herzog Karl richtete er ein Schreiben, in dem er nochmals auf die seitens der Eidgenossen drohende Gefahr aufmerksam machte, und das Vertrauen auf seinen Schutz und Schirm aussprach.[1] Den Gesandten riet er, da sich seine Rückkehr leicht verzögern konnte, nach einigem Zuwarten heimzukehren; er gedenke ihrem Herrn selbst Meldung zu thun.[2]

In Völkermarkt, Villach und Graz weilten dann die beiden Habsburger wochenlang neben einander. Nicht bloß die burgundischen Beziehungen, sondern wohl auch noch anderes war Gegenstand gemeinsamer Sorge.[3] Ganz abgesehen von der geheimen Annäherung des Kaisers an Böhmen gab es Punkte genug, die reifliche Erwägung forderten.

Da hatte der Ungarkönig für gut befunden, vorerst doch wieder seine schroffe Haltung aufzugeben und unter der Vermittelung des Legaten zu versuchen, wie er in persönlicher Begegnung mit dem Kaiser seine Wünsche erreiche. Nachdem er sicheres Geleite begehrt und erhalten,[4] fand er sich am 10. Februar 1470 mit glänzendem Gefolge bei dem Kaiser in Wien. So sorgsam dieser den Pflichten des Wirtes Rechnung trug, so ehrerbietig nahte sich ihm der König. In seinem Gefolge befanden sich die angesehensten geistlichen und weltlichen Großen des ungarischen Reiches und die Häupter des böhmischen Herrenbundes. Dazu hatte der Kaiser die Stände des Erzherzogtums nach Wien berufen.[5] Sie sollten mit ihm und dem Könige von Ungarn beraten, „wie Land und Leute beider in Gemach gesetzt werden möchten"; es sei dies von ihnen schon auf dem vorigen Landtage begehrt worden, „darin sie gewilligt".[6]

---

[1] Es ist das Schreiben, das Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 25, Nr. 6 bringt und das in den Mai oder spätestens Juni 1470 gehört.

[2] Dies geschah erst am 3. September 1470 s. unten.

[3] Sigmund selbst spricht davon in dem erwähnten Briefe vom 3. September an Herzog Karl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 11—13. Vergl. ferner Diplomat. Habsb. in Fontes rer. Austriac. II. 369—370, Nr. IL. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 256, Nr. 412.

[4] Die Zusammenkunft stand bereits zu Anfang Januar fest. Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 14—15, Nr. 21 und 22. Des Königs Gegenerklärung vom 9. Febr. aus Bruck a. d. Leitha bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 246. Der Revers der ungarischen Großen vom selben Tage ebendort 247. Vgl. auch Chmel, Reg. II. 578, Nr. 5916 und 5917. Nach Mon. Hung., Acta extera II. 205 hatte Matthias Kenntnis von den Verhandlungen des Kaisers mit Böhmen und Polen und fürchtete isoliert zu werden. Vgl. auch ebendort 207, Nr. 144 (Ende).

[5] Der Landtag war auf den Sonntag nach Lichtmeß berufen. Vergl. Fontes rer. Austriac. XLII. 483, 364.

[6] Chmel, Reg. II. 574, Nr. 5900.

Vor allem die böhmischen Barone, die in letzter Zeit in eine immer drangvollere Lage gerathen waren, hatten das lebhafteste Interesse, daß das Einverständnis zwischen den Fürsten wieder so innig als möglich werde.[1]

Es schien auch so. Die Herrscher verkehrten auf das freundschaftlichste, die Thätigkeit des Legaten, der eben jetzt dem König neue Subsidien des Papstes im Betrage von 15000 Dukaten[2] und eine Besendung des polnischen Hofes im ungarischen Interesse melden konnte,[3] zielte nach derselben Richtung. Auch der König glaubte an keinen Mißerfolg. Er stellte an den Kaiser die Bitte um die Hand seines Töchterchens Kunigunde und erklärte sich neuerdings bereit, mit seinem ganzen Reiche und allem seinem Wollen und Können dem Kaiser zu dienen. Freilich geschah es nicht ohne Hintergedanken. Der König warf, scheint es, nochmals die bei der Lage des Kaisers keineswegs absonderliche Forderung auf, ihm als künftigen Schwiegersohn die deutsche Krone zuzuwenden:[4] Er sei bereit, mit dem Kaiser nach Regensburg zu reiten, sich dort deswegen und betreffs des Türkenzuges persönlich mit dem Fürsten zu bereden.[5]

Die beiden mächtigsten Fürsten des damaligen Europa, die Gebieter der weit fortgeschrittenen, bereits wesentlich im modernen Sinne organisierten Staaten von Ungarn und Burgund, wandten sich im selben Momente mit Bitten und Zusagen an Kaiser Friedrich, von ihm die Zustimmung zu ihrer Nachfolge im Reiche zu erlangen.

Aber niemand wird darin eine Anerkennung, ein Zeugnis für die gebietende Machtstellung des Kaisers etwa auch diesen Herrschern gegenüber erkennen; eher wohl einen neuen Beweis dafür, daß die Herrschaft über das deutsche Reich als Beute dessen erschien, der, sei es im Osten sei es im Westen, über das gewöhnliche Maß damaliger Fürstenmacht hinausgewachsen war. Und wenn es den Kaiser mit Genugthuung erfüllen durfte, daß man sich endlich mit ähnlichen Plänen doch zuerst um seine Zustimmung bewarb, schuf ihm nicht eben solche Werbung auch wieder schwere Verlegenheit?

---

[1] Mon. Hung. l. c. 201, Nr. 142.

[2] Ebendort 201. Vgl. Fraknói in Mon. Vatic. hist. Ung. ill. I. 6 (König Matthias' Briefe), Einleitung XLIX, Anm. 8.

[3] Mon. Hung. l. c. 201 und Theiner, Mon. hist. Polon. illust. II. 172. Es ging erst Alexander von Forli, dann Fabian von Montepolitiano nach Krakau.

[4] Davon will wenigstens der mailändische Gesandte wissen. Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 204 (.. sa, quanto spira all'imperio al presente ....). So auch Gregor Heimburg, (Kaiserl. Buch 218), so seltsam er sonst die Sache darstellt.

[5] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 624. Mon. Hung., Acta extera II. 166 a. a.

Denn irgendwie auf sie einzugehen, war er nie gemeint. Kaiser Friedrich, sonst oft genug und nicht in kleinen Dingen allein wenig sorgsam und umsichtig, hat hier doch, wie ziemlich in allen großen Fragen, das wesentliche Moment festgehalten und entscheidend sein lassen. Die deutsche Krone galt dem Kaiser als sein höchstes Juwel und jedes Ungemach, und es war ihm davon soviel zugemessen, daß es ihm beinahe zur Gewohnheit und kaum mehr drückend war, mahnte ihn, sie um so höher zu schätzen. Seinem unverwüstlichen Optimismus erschien sie ja als das allmächtige Mittel, schließlich für ihn und sein Haus alles zum Guten zu wenden.

So wurde der Ungar abgewiesen. Aber wie vorsorglich suchte der Kaiser den rachsüchtigen Nachbar trotzdem bei guter Stimmung zu erhalten! Der König sei ihm, erklärte er, als Schwiegersohn genehm, aber er möge bedenken, daß Kunigunde ein Kind sei, noch vor zehn Jahren nicht im Stande, sich einem Manne zu vermählen. Auch hinsichtlich der deutschen Krone vermöge er, Friedrich, dem Könige noch keinen endgültigen Bescheid zu geben, da die Sache die Kurfürsten und Fürsten des Reiches angehe;[1] wenn es aber jetzt zu einem Bündnis und später zur Heirat komme, werde er den König in jeder Weise fördern, ja ihm alle seine Hauslande erblich zuweisen, falls er und sein Sohn Maximilian kinderlos hinscheiden sollten.[2]

Der König war nicht so leicht irrezuführen. Unwillig über solche Ausflüchte, änderte er sein Betragen völlig. Er verlangte, um Friedrich zu bedrängen, dieselben enormen Geldzahlungen, wie vordem, die Verzichtleistung des Kaisers auf die Früchte des Friedens von 1462, die völlige Amnestie Baumkirchers u. s. w.

Dies war erst recht nicht der Weg, von Kaiser Friedrich wichtige Zugeständnisse zu erlangen. Einflüsterungen der Venezianer kamen hinzu, die, über die Besetzung des dalmatinischen Sign durch die Ungarn erbittert, den Kaiser vor Matthias' Anschlägen auf Triest warnten.[3] Dabei gingen die Beratungen der österreichischen Stände nicht vorwärts: Wie sollte der Kaiser auch im Ernste für den Krieg gegen Böhmen eine Verwilligung thun lassen, wenn er entschlossen war, an selbem nicht weiter

[1] So nehme ich unbedenklich an nach der Antwort, die der Kaiser wenige Wochen später in gleicher Sache dem Herzoge von Burgund gab.

[2] Daß ähnliches schon bei den früheren Verhandlungen mit dem Erzbischofe von Gran erörtert worden war, zeigt das Schreiben Heimburgs vom 27. Dezember 1469 bei K. Höfler, Kais. Buch 218.

[3] Acta extera II. 167.

teilzunehmen, vielmehr das Einverständnis mit Georg Podiebrad festzuhalten?

Da reiste der Ungarkönig plötzlich und ohne sich vom Kaiser zu verabschieden von Wien ab.[1] Um so mehr schien diesem die Verständigung mit Böhmen notwendig.[2] Friedrich trat jetzt auch in direkte Verhandlung mit König Kasimir von Polen, der eine ansehnliche Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof abordnete. Wenn es dem Legaten Laurenz, der sich erschrocken mühte, zwischen Matthias und dem Kaiser wenigstens das äußerste zu verhüten, hinterher doch gelang, neue Verhandlungen anzubahnen, so hat ihm weniger des Königs geänderte Gesinnung als eigene bedrängte Lage vorangeholfen.

Die Spannung mit Ungarn mahnte aber den Kaiser, sich auch anderweitig nach ausgiebiger Hilfe umzusehen. Der tiroler Herzog mochte nun das beste thun, ein möglichst inniges Verhältnis des Hauses Habsburg mit dem burgundischen Hofe anzubahnen. Kaiser Friedrich hat in der entscheidenden Frage auch hier mannhaft festgehalten. „Seine Gnad", meldete Sigmund darüber an Herzog Karl nach Brügge, „hat in die Sachen gesehen, mit Fleiß darin Rat gehalten und mancherlei Ursache gefunden, damit sein kaiserl. Gnad dem heil. Reich und den Kurfürsten und Fürsten des Reichs also verbunden, gewandt und verpflichtet sei, dadurch solichs, so wir des „Reichs" (des Königtums) wegen haben lassen verlauten, nicht möglich sei in einicherlei Wege zu beschehen". So alt, fügte der Herzog hinzu, die Freundschaft der Häuser Burgund und Österreich sei, so gern der Kaiser des Herzogs Wünsche erfüllen möchte, ihm Ehre, Freundschaft und Förderung zu beweisen, „solich Meinung des Reichs halber wäre nicht möglich".[3]

Wie sehr daneben die beiden Habsburger doch der Gedanke eines engen Bündnisses des Kaisers mit Burgund und die Heirat lockte, zeigen ihre Erbietungen an Herzog Karl. Der Kaiser stellte ihm für den Fall,

[1] Zum Tage vgl. Unrest 565. Dlugosch 538—539. Acta extera II. 198 bis 199, 201—202, 202—207. Palacky, IV. 2, 626, Anm. 432. Mit der obigen Darstellung vergl. Feßler III. 82; Fraknói, Österreich. Revue X. 1890, 101 ff.; Matthias Corvinus 159 ff.

[2] J. Caro, Geschichte Polens V. 1, 321.

[3] Des Herzogs Schreiben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 10—13 und (lat.) 25—28. Die Grundlage dafür, die Antwort, die der Kaiser in Villach erteilte, ebendort 20—22, 23—24. Jene gehören in die Zeit nach der Heimkehr Sigmunds nach Innsbruck, August—September 1470 (von Chmel irrig zu 1473 gestellt), und wurden Dietrich von Rumeland, dem damals am burgundischen Hofe weilenden Vertreter Sigmunds, zugefertigt. Es gehört übrigens auch Mon. Habsb. I. 1, 24, Nr. 5 nicht zu 1473, sondern in den September 1470.

als die Heirat vorwärts gehe, jede andere Ehrung und Erhöhung des Hauses Burgund, die je in seiner Macht stehe und der Herzog wünsche, in Aussicht. Es geschahen dafür sofort besondere Vorschläge: Der Kaiser wolle Karl zu einem Könige machen, so daß „er sich nach einem seiner Lande, welches ihm selbst dazu gefällig wäre, einen Namen des Königreiches schöpfe", ihm auch alle Lande, die der Herzog vom Reiche innehabe, die ihm rechtlich zugehören und heimgefallen sind, dazu geben, doch so, daß der Herzog davon „seine Regalia vom Reiche empfange und dem Reiche damit gehorsam sei", auch sich verpflichte, mit denselben Landen in einen engen Bund mit dem Kaiser und Herzog Sigmund wider alle ihre Feinde im Reiche und in den österreichischen Erblanden zu treten, „ihnen die gehorsam zu machen" und namentlich die Schweizer und die Stadt Freiburg i. Ü. wieder zu den oberen Landen des Hauses Österreich zu bringen. Dafür wollten auch sie ihm in seinen Anliegen überall Hilfe und Beistand thun. Bezüglich des Heiratsgutes sollte Herzog Sigmund nach dem Willen des Kaisers das weitere vereinbaren: Er hatte die Weisung, sich in keiner Art schwierig zu zeigen.

Wie man sieht, hatte der Kaiser auf das Reich und Haus Österreich nicht vergessen. Das haben die burgundischen Räte sofort erkannt. Die Werbung des Herzogs von Tirol, von ihm unmittelbar nach der Heimkehr aus Innsbruck an den burgundischen Hof gerichtet, blieb vergebens gethan, ja trotz der freundschaftlichsten Versicherungen erhielt er monatelang nicht einmal eine Antwort. Erst als Herzog Karl erkennen mußte, daß von Böhmen her, welches an dem Frieden mit dem Kaiser festhielt, für das Königsprojekt nichts weiter zu hoffen sei, und er sich andererseits neuerdings von der nie rastenden Feindschaft König Ludwigs XI. bedroht und mit schwierigen Aufgaben in der eigenen engeren Interessensphäre belastet sah, erging — am 15. Januar 1471 — der Bescheid an Sigmund von Tirol: Auf das angelegentlichste dankte Karl dem Herzoge für seine Mühe und seinen guten Willen. Der ganze Plan bezüglich des „Reichs" stamme nicht von ihm selbst her, sondern sei von Einigen, die beteuerten, es sei so des Kaisers eigener Wunsch, an ihn gebracht. Nicht leicht habe er sich dafür gewinnen lassen und keinen Vorteil dabei im Auge gehabt. Er könne sich daher auch nicht durch die Antwort des Kaisers beschwert fühlen, die ihm nicht geringe Beunruhigung und Sorge erspare. Nur um sich „dem christlichen Namen, dem Reiche und dem Hause Österreich nicht zu entziehen", stimme er zu, daß Herzog Sigmund noch ferner in der Sache arbeite. Doch müsse er bemerken, daß er in die Vermählung nur dann willigen könne, wenn er

römischer König werde und sein Schwiegersohn dereinst König nach ihm. Auch gedenke er nicht, seine Länder zu einem Königreiche erheben und sich zu einem Könige krönen zu lassen, außer es gereiche dies zum allgemeinen Wohle. Betreffs der Schweizer habe der erzherzogliche Vertreter, Dietrich von Rumland, der jetzt heimkehre, weitere Aufträge.[1]

So, anscheinend gelassen, ja völlig unberührt von der Abweisung, zog sich der Burgunder auf sich selbst zurück. Nur die Möglichkeit, in der Sache weiter zu verhandeln, wollte er gewahrt wissen. Dagegen sahen die Habsburger alle ihre Hoffnungen auf das Eintreten burgundischer Politik, burgundischen Geldes und burgundischer Heere für ihre Bedürfnisse und Pläne vorerst gescheitert.

Karl hatte die Wirkung berechnet. Es mochte ihm doch schwer fallen, seinen stolzen Plänen auf einmal zu entsagen. Wenigstens hat er daneben noch einen Vermittelungsversuch — durch den Markgrafen Rudolf von Hochberg, damals sein Statthalter in Luxemburg, — geschehen lassen. „Als von ihm selber", aber in offenbarem Einverständnis mit dem Herzog, wandte sich der Markgraf an Sigmund von Tirol. Nochmals wies er auf die großen Vorteile hin, welche dem Hause Österreich aus der Vermählung Maximilians mit dem Fräulein von Burgund erwachsen würden, „die ein Erbtochter ist", so daß „dergleichen Heirat in der Christenheit nicht mehr ist", und auf das Mißliche, sich mit einem so mächtigen Fürsten wie Karl nicht verständigen zu können. Da der Kaiser vor allem zu befürchten scheine, daß der Herzog dereinst seinem Sohn Maximilian das Reich nicht abtreten werde, wie das ja auch offen gesagt worden sei, so möge man davon absehen, den Herzog zum römischen Könige zu machen. Der Kaiser soll ihm vielmehr einen Titel geben, wie etwa in dem Entwurfe, den der Markgraf vorlegt, „und ob der weiter, höher, löblicher und erlicher wäre, so viel desto besser und fürderlicher zu der Sach". Dazu verleiht ihm der Kaiser „alle ansprechige Lande, die der Herzog empfängt vom Reiche wie andere Fürsten und wie das altes Herkommen ist". Römischer König aber wird Herzog Maximilian, sowie er zu seinen Jahren gekommen ist, und Herzog Karl soll ihn darin nicht irren. Über all dies und über die Heirat werden feste Verschreibungen aufgerichtet.[2]

---

[1] Das (lat.) Schreiben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 13—14.

[2] Die Werbung des Markgrafen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 28—30, Nr. 8. Es ist von Chmel zu 1473 gestellt, gehört aber sicher hierher nach seinem Inhalte — er berührt sich zum Teil mit der Antwort des Herzoges, während die Verhandlungen von 1473 auf anderer Basis begannen, und nach seiner Beziehung